



Jahresabschluß 2014

Rechnungsprüfungsausschuß
am 16.04.2019



LANDKREIS TELTOW-FLÄMING
unverkennbar stark - südlich von Berlin



- Rechenschaftsbericht mit Anlagen
- Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes
- Stellungnahme der Landrätin
- Abrechnung HSK – wurde in Session aktualisiert (Stand 10.4.); Sticks sind aktualisiert



- Kreisumlage wurde auf **47%** festgesetzt
- Einbringung Kreistag: Haushaltssatzung & Haushaltssicherungskonzept: 9. 12.2013
- am 21. 3. 2014 genehmigter Haushalt & Kreditermächtigung durch MIK
- MIK-Auflagen:
 - zusätzliche Erträge, die keiner Zweckbindung unterliegen sind zur Reduzierung des Fehlbedarfs einzusetzen
 - Pauschalkürzung (lt. Haushaltssicherungskonzept) 0,5 %
- Kassenkredite per 31.12.2014: 26,1 Mio. € (Vj: 34,1 Mio. €)

Jahresabschluß 2014 im Vorjahresvergleich

in Mio. €



Gesamtergebnisplan	2013 Ist	2014 Ist
Erträge aus lfd. Verwaltungstätigkeit	207,3	223,1
Aufwendungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	203,1	209,3
Ergebnis lfd Verwaltungstätigkeit	4,2	13,8
Finanzergebnis	-0,4	-0,5
= ordentliches Jahresergebnis	3,8	13,3
= Gesamtüberschuss / Gesamtfehlbetrag	4,0	12,4

Jahresabschluß 2014 im Planvergleich

in Mio. €



Gesamtergebnisplan	2014	
	Plan-Ansatz	Ist
Erträge aus lfd. Verwaltungstätigkeit	219,4	223,1
Aufwendungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	215,3	209,3
Ergebnis lfd Verwaltungstätigkeit	4,1	13,8
Finanzergebnis	-0,4	-0,5
= ordentliches Jahresergebnis	3,7	13,3
= Gesamtüberschuss / Gesamtfehlbetrag	3,7	12,4



Erstmalig (seit Umstellung auf Doppik) gesetzliche Haushaltsausgleich

Rücklage aus ordentlichen Ergebnis

Abbau der Altfehlbeträge deutlich früher als bis 2022 darstellbar

Bereits zuvor erstellte Jahresabschlüsse waren sehr positiv → ein Phänomen auch anderer Landkreise* und auch kreisangehöriger Kommunen

* festgestellte Jahresabschlüsse sind daher Voraussetzung für Zugang zum Ausgleichsfonds des Finanzausgleichgesetzes (FAG § 16). Der Fonds gilt auch als sogenannter „Nothilfetopf“

Fehlbetragsentwicklung Plan 2009 - 18

in Mio. €



Haushaltsjahr	jährlicher Fehlbetrag laut Ergebnisrechnung (ordentliche Erträge/Aufwendungen)	
	Plan	kumulierter Plan
2009	-300	-300
2010	-9.402	-9.702
2011	-17.696	-27.399
2012	0	-27.399
2013	304	-27.094
2014	3.950	-23.144
2015	6.386	-16.759
2016	4.457	-12.301
2017	3.923	-8.379
2018	3.711	-4.668

Fehlbetragsentwicklung Ist bis 2014; Plan bis 2022

in Mio. €



Jahr	ordentliches Ergebnis	Fehlbetrag/ Überschuss	Jahresabschluss
	- T EUR -		
Ist 2009	-107	-107	bestätigt
Ist 2010	-8.782	-8.889	bestätigt
Ist 2011	-10.101	-18.990	bestätigt
Ist 2012	3.239	-15.751	bestätigt
Ist 2013	3.764	-11.987	bestätigt
Ist 2014	13.275	1.288	vorgelegt
Plan 2015	6.386	7.674	offen
Plan 2016	4.542	12.216	offen
Plan 2017	2.374	14.590	offen
Plan 2018 (inkl. Nachtrag)	-785	13.805	offen
Plan 2017	-150	13.655	offen
vorl. Plan 2020	-854	12.801	offen
vorl. Plan 2021	-1.136	11.665	offen
vorl. Plan 2022	-1.294	10.371	offen

Haushaltsausgleich ! 31.03.2016



- Größte Konsolidierungsmaßnahme: Erwerb des Kreishauses & damit verbundene Ablösung des Leasingvertrages
- zusätzliche Erträge, die keiner Zweckbindung unterliegen sind zur Reduzierung des Fehlbedarfs einzusetzen (u.a. 500 T€ bei Baugenehmigungen)
- Pauschalkürzung (lt. HSK) 0,5 % des ordentl. Aufwands → 1,0 Mio. €
- Gebühren-Neukalkulation, u.a. Fleischuntersuchungen: 170 T€
- Personalaufwand: Reduktion in 2014 um 15.25 VZE & 46 Stellen weniger besetzt (6,3%)
- Investitionen in Bauten: 1,2 Mio. €
- Aufwand in Bauten:
 - Unterhaltung und Bewirtschaftung: 980 T€ Kreisstraßen, 370 T€ u.a. Schulen
 - Bewirtschaftung von Grundstücken: 460 T€
- Projektfinanzierung für gemeinnützige Zwecke: anstatt über Haushalt über MBS-Förderung



- Verbuchung des investiven Teils der Landeszuweisungen im ÖPNV: 1,7 Mio.€
- Auflösungen von Rückstellungen Gerichtskosten: 800 T€
- Korrektur Pauschalwertberichtigungen; Abkehr von „Restebereinigung“: 1,4 Mio. €
- Verbuchung von Bestandsveränderungen (u.a. Entnahme Kapitalrücklage - Gewinnausschüttung – VTF): 260 T€
- Verbuchung Sonderposten zur B101: 500 T€



- Regelungen zum internen Kontrollsystem nicht in Dienstanweisung

→ Mit der Anwendung des HKR-Programms erfolgt bereits technisch die Zuweisung von bestimmten Rechten. Verschiedene DA wurden ab 2014 installiert: u.a. DA 46/2014, Da 50/2015. Seit dem Jahr 2014 werden in der Kämmerei tagaktuelle Listen zu den Nutzerrechten geführt.

- Fehlendes zentrales Vertrags- und Prozessregisters

→ Da es bereits auf der Fachamtsebene Vertragsverzeichnisse gibt, sind diese zu vereinheitlichen und zusammenzuführen. T: 30.09.2019; eine entsprechende Dienstanweisung ist verabschiedet. Personelle / IT-technische Umsetzung noch offen. Forderung nach zentralen Prozessregister wird im Rechtsamt umgesetzt

- Nicht tagesaktuell sachlich geordnete Buchungen der Ein-/ Auszahlungen (Verwahrkonten)

→ Ursachen vielfältig; Belegfluß & Laufzeiten lang, kein zentrales Rechnungseingangs-/ausgangs"buch", autom. Schnittstellen ausbaufähig; negative Auswirkungen auf Überwachung der Forderungen und das Mahnwesen wurden aktiv angegangen ab 10/2014

- Abstimmung Forderungen/ Verbindlichkeiten gegenüber verbund. Unternehmen

→ wird demnächst unterjährig angegangen; Gesamtabschluß ist Chance dafür, bisher personell nicht abschließend umgesetzt

→ Beanstandungen des RPA haben „....**keine wesentlichen** Auswirkungen...“

→→ Jahresabschluß ohne Einschränkung bestätigt; damit **uneingeschränkte Entlastung!**